

II-10599 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5174 J

1993 -07- 09

ANFRAGE

der Abgeordneten Haller, Fischl und Kollegen
an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz
betreffend gesundheitliche Belastung durch Quecksilberfieberthermometer

Aus einer Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4714/J an den Bundesminister für Wirtschaftliche Angelegenheiten geht hervor, daß in Österreich im Jahr 1992 447.554 Quecksilberfieberthermometer geeicht wurden. Da pro Jahr annähernd gleichviele Thermometer geeicht werden, liegt der Schluß nahe, daß auch etwa diese Anzahl verkauft wird.

Aufgrund der Tatsache, daß ein übliches Quecksilberfieberthermometer 2-3g Quecksilber enthält, ergibt dies, mit der geschätzten Anzahl der verkauften Thermometer multipliziert, eine relativ große Menge an zu entsorgendem Schwermetall bei zu Bruch gegangenen oder nicht mehr funktionierenden Thermometern.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz folgende

Anfrage:

1. Ist Ihnen bekannt, daß die unsachgemäße Entsorgung zu Bruch gegangener oder veralteter und nicht mehr funktionierender Quecksilberfieberthermometer eine enorme gesundheitliche Gefährdung darstellt und welche Maßnahmen haben Sie bereits dagegen unternommen bzw. werden Sie noch initiieren?
2. Ist Ihnen bekannt, welche Mengen Quecksilber jährlich durch unsachgemäße Entsorgung der Fieberthermometer in den Müll geraten und falls ja, wieviel?
3. Ist ihnen weiters bekannt, wie in Krankenanstalten, bei Ärzten etc. Quecksilberfieberthermometer entsorgt werden und falls ja, wie?

4. In welcher Höhe sind Beträge – aufgeschlüsselt nach Bundesländern – aus der vorgesehenen Dotierung des Sonderprogrammes für Kinderbetreuung vorgesehen bzw. bereits zugewiesen worden und falls nicht, aus welchem Grund?

5. Sind Beträge aus der vorgesehenen Dotierung für die Erweiterung der Kinderbetreuung aufgrund eines besonders vordringlichen arbeitsmarktpolitischen Interesses anderen Maßnahmen zugeführt worden und wenn ja, wofür?